

Antrag

der Abgeordneten **Harry Scheuenstuhl, Christiane Feichtmeier, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Martina Fehlner, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Sabine Gross, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Kommunen stärken: Nachhaltige Verbesserung der Finanzen für unsere Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass sich die Finanzen der bayerischen Kommunen in einer bedrohlichen Schieflage befinden:

- Das Defizit der bayerischen Kommunen belief sich im Jahr 2024 auf 5,2 Mrd. Euro, nach bereits 2,3 Mrd. Euro im Jahr 2023.
- Der Jahresauftakt 2025 war mit einem hohen Defizit von knapp 4 Mrd. Euro belastet.
- Die Zahl der Haushaltssperren und nicht genehmigungsfähiger Haushalte nimmt dramatisch zu.
- Der kommunale Investitionsrückstand in Bayern beträgt schätzungsweise 20 bis 30 Mrd. Euro.

Die Staatsregierung wird aufgefordert:

1. Beim am 30. Oktober 2025 anstehenden Spitzengespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden zum kommunalen Finanzausgleich 2026 den Kommunen eine deutliche Verbesserung ihrer Finanzausstattung anzubieten und dabei insbesondere:
 - Die Verbundquote endlich auf 15 Prozent anzuheben.
 - Eine echte Krankenhausmilliarde vorzusehen und den investiven Finanzierungsanteil der Kommunen zu deckeln.
 - Eine deutliche Erhöhung gegenüber dem aktuellen Finanzausgleichsvolumen von 12,0 Mrd. Euro zu vereinbaren.
2. Eine jährliche investive Kommunalmilliarde aus den Mitteln des investiven Sondervermögens des Bundes vorzusehen und die Vergabekriterien in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden zu entwickeln.
3. Den Entwurf für den Doppelhaushalt 2026/2027 mit der jährlichen investiven Kommunalmilliarde für beide Haushaltsjahre auszuweisen und dem Landtag zügig vorzulegen.

Begründung:

Dramatische Finanzlage der Kommunen

Die kommunale Familie steht vor dem Kollaps. Ohne sofortige und entscheidende Maßnahmen droht das Ende der kommunalen Selbstverwaltung und eine massive Gefährdung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern. Die Zeit des Zuwartens ist vorbei - jetzt muss gehandelt werden!

Die finanzielle Situation der bayerischen Kommunen hat sich dramatisch verschlechtert. Nach Angaben des kommunalen Finanzreports 2025 der Bertelsmann verzeichneten die bayerischen Kommunen 2024 ein Rekorddefizit von 5,3 Mrd. Euro - mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr (2,3 Mrd. Euro). Bereits der Jahresauftakt 2025 war mit einem Defizit von knapp 4 Mrd. Euro belastet. Bayern weist damit das höchste kommunale Defizit aller Zeiten auf.

Strukturelle Unterfinanzierung und ihre Folgen

Die hohe Dynamik bei den Ausgaben für Personal und Soziales verschärft die strukturelle Schieflage der bayerischen Kommunen. Die Einnahmen stagnieren, während die Ausgaben davon galoppieren - nach KfW-Berechnungen stiegen die Ausgaben um 9,2%, die Einnahmen dagegen nur um 5%. Die Folgen sind bereits spürbar: Die Zahl der Haushaltssperren und nicht genehmigungsfähigen Haushalte nimmt stark zu, was sich negativ auf das Investitionsklima und die heimische Wirtschaft auswirkt. Freiwillige Leistungen wie die Förderung von Vereinen, Sport und kulturellen Angeboten müssen gekürzt werden, Gebührenerhöhungen sind nicht ausgeschlossen. Der Bayerische Bezirkstag warnt in seinem Brandbrief vom 11.10.2024 vor dem Ende genehmigungsfähiger Haushalte ohne deutliche Anhebung der staatlichen Zuweisungen für Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege. Viele Landkreise und kreisfreie Städte als Krankenhausträger kämpfen mit großen finanziellen Problemen und versuchen verzweifelt, ihre Häuser zu erhalten.

Kommunalmilliarde ist Heimatmilliarde

Der kommunale Investitionsbedarf ist gigantisch. Das KfW-Kommunalpanel 2024 zeigt einen bundesweiten kommunalen Investitionsrückstand von 186 Milliarden Euro auf, wovon Bayern schätzungsweise 20 bis 30 Mrd. Euro betroffen ist. Das investive Sondervermögen des Bundes von 500 Milliarden Euro (davon 100 Milliarden für die Länder/15,7 Mrd. Euro für Bayern) eröffnet die große Möglichkeit, die investiven Bedarfe in den bayerischen Kommunen zu finanzieren. Eine jährliche Kommunalmilliarde würde bei Pro-Kopf-Verteilung für die Regierungsbezirke bedeuten: Schwaben 146 Mio. Euro, Mittelfranken 136 Mio. Euro, Unterfranken 100 Mio. Euro, Oberfranken 80 Mio. Euro, Oberpfalz 85 Mio. Euro, Niederbayern 95 Mio. Euro und Oberbayern 360 Mio. Euro jährlich.

Fazit

Es besteht also sehr großer Handlungsbedarf, aber es gibt auch wirksame Handlungsmöglichkeiten!